Olaf Zimmermann - 27. August 2017

Bundeskulturministerium jetzt: Die Zeit ist reif!

Wir brauchen endlich ein Bundesministerium für Kultur und Medien

Was wäre die Kultur in Deutschland ohne die Bundesförderung? 1,6 Milliarden Euro investiert der Bund im Jahr in die Kultur in Deutschland. Das Engagement des Bundes scheint so normal, dass man vergisst, dass es in dieser Form erst seit knapp 20 Jahren besteht. 1998 hatte die erste rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder das Amt des Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) erfunden. Der Deutsche Kulturrat hatte damals im Wahlkampf unüberhörbar die Forderung nach einem Bundeskulturministerium und einem Kulturausschuss im Deutschen Bundestag gestellt, weil es auf der Bundesebene keinen funktionierenden Ort mehr für die Gestaltung von Kulturpolitik gab. Der kleine Unterausschuss Kultur des Innenausschusses im Bundestag war auf Druck einiger Bundesländer aufgelöst worden. Sie sahen den Kulturföderalismus gefährdet. Im Innenministerium gab es damals zwar eine Kulturabteilung, sie war aber weitgehend zum Redenschreibbüro für Bundeskanzler Helmut Kohl verkommen.

Gerhard Schröder hatte 1998 mutig den föderalen Knoten durchschlagen und den ersten Schritt zu einem Bundeskulturministerium gewagt. Das von ihm geschaffene BKM ist aber kein Ministerium. Der Beauftragte wird Kulturstaatsminister genannt, weil Staatssekretäre im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt Staatsminister genannt werden. Die Kulturbehörde im Bundeskanzleramt ist eine Obere Bundesbehörde, die im Bundeskanzleramt angesiedelt ist.

Grund für diese Selbstbeschneidung ist der Föderalismus, der die Verantwortung für die Kulturförderung bei den Ländern sieht und dem Bund nur beschränkte Kompetenzen zubilligt. Eine dieser unbestrittenen Kompetenzen für den Bund ist die Kulturförderung z. B. in Berlin, weil in Artikel 22 des Grundgesetzes die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt als Bundesaufgabe festgeschrieben ist.

Gerhard Schröder berief 1998 den Verleger Michael Naumann zum ersten Beauftragen der Bundesregierung für Kultur und Medien. Der Deutsche Bundestag richtete daraufhin als Kontrollorgan einen eigenständigen Ausschuss für Kultur und Medien ein.

Michael Naumann zerrieb sich in seiner zweijährigen Amtszeit im Streit mit den Ländern. Er schrieb damals, dass der „barocke Begriff der Kulturhoheit“ im Grundgesetz nicht auftauche und deshalb nach seiner Ansicht zur „Verfassungsfolklore“ gehöre. Die Länder schäumten und warfen ihm jeden auffindbaren Knüppel zwischen die Beine. Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war eine zwischen Bund und Ländern vereinbarte detaillierte Liste über das Wenige, was der Bund fördern dürfe und das Viele, was nicht. Erst mit

seinem Nachfolger Julian Nida-Rümelin entspannte sich das Verhältnis zwischen Bund und Ländern leicht. Auch die dritte von der SPD berufene Kulturstaatsministerin, Christina Weiss, kämpfte noch um jeden Millimeter Zuständigkeit. Mit der Übernahme der von den Ländern Berlin und Brandenburg getragenen Akademie der Künste in Bundesverantwortung gelang ihr ein Durchbruch. Das Land Baden-Württemberg wollte damals gegen die Übernahme vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, verzichtete aber letztlich doch. Die Länder akzeptierten den schleichenden Kompetenzzuwachs des Bundes.

Mit der Übernahme der Kanzlerschaft 2005 durch Angela Merkel stand die Zukunft der Bundeskulturpolitik auf der Kippe. Die Union hatte den Beauftragten für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt immer bekämpft, weil er nach ihrer Ansicht dem Föderalismusgebot des Grundgesetzes widersprach. Angela Merkel scherte sich glücklicherweise nicht weiter um diese Bedenken und berief Bernd Neumann in das Amt. Dies war nicht nur ein Wechsel der politischen Farbe im BKM, sondern das erste Mal wurde ein langjähriger Berufspolitiker und Mitglied des Deutschen Bundestages berufen. Dem mit allen Wassern gewaschenen neuen Kulturstaatsminister gelang es, den Etat seines Hauses kontinuierlich zu steigern und seine Kompetenzen zu erweitern. Als mit Monika Grütters die zweite Kulturstaatsministerin der CDU berufen wurde, war endgültig klar, dass sich auch die Union mit der Existenz des BKM nicht nur abgefunden hat, sondern sichtbaren Gestaltungswillen entwickelt. Auch Monika Grütters konnte in ihrer Amtszeit ihren Etat durchgehend steigern und das Amt deutlich ausbauen.

Jetzt platzt das BKM im Bundeskanzleramt förmlich aus allen Nähten. Die rund 250 Mitarbeiter des BKM plus weitere hunderte Mitarbeiter in den nachgeordneten Behörden, wie dem Bundesarchiv in Koblenz oder der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin, lassen sich in der jetzigen Struktur nur schwer händeln. Außerdem sind wichtige Kulturbereiche, wie die Kulturwirtschaft und die kulturelle Bildung, über andere Ministerien verteilt, die eigentlich in die Hände der Kulturstaatsministerin gehören.

- Deshalb fordert der Deutsche Kulturrat die Stärkung der Bundeskulturpolitik durch die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums in der nächsten Legislaturperiode.

Wir fordern, Kulturpolitik endlich in ihrer Verschränkung mit anderen Politikfeldern zu begreifen und dem durch die Einrichtung eines Bundesministeriums für Kultur und Medien sichtbar Rechnung zu tragen. Die Einrichtung eines solchen Ministeriums wäre die konsequente Weiterentwicklung der bisherigen Struktur der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und würde die Bedeutung, welche die Kulturpolitik für das Zusammenleben in Deutschland, für die Künste, für die Entwicklung der

Olaf Zimmermann - 27. August 2017

Medienlandschaft und nicht zuletzt für das kulturelle Leben in Deutschland hat, unterstreichen.

Wir regen darüber hinaus an, in diesem Zusammenhang zu diskutieren, inwiefern die Bundeskulturpolitik im Inland und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in einem Ministerium zusammengeführt werden können. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss sich nach unserer Ansicht stärker als Teil des Nord-Süd-Dialogs und der Friedenspolitik verstehen und mit der Kulturpolitik im Inland gerade mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele stärker verbinden.

Aber auch die kultur- und medienwirtschaftlichen Belange müssen in einem neuen Bundesministerium für Kultur und Medien zusammengeführt werden, damit diesem wichtigen Wirtschaftszweig die entsprechende Bedeutung verliehen wird.

Seit fast 20 Jahren ist die Bundeskulturpolitik ein Provisorium. Nach der Bundestagswahl im September wird die neue Bundesregierung das Provisorium hoffentlich beenden und ein eigenständiges Bundesministerium für Kultur und Medien einrichten. Die Zeit ist reif!

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat